

Tobias Schrader*

Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China

Mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung der Volksrepublik China (VRCh) wird das Thema Kinderarbeit auch im „Reich der Mitte“ wieder aktuell. Materielle Not auf der einen Seite und andererseits der Wunsch der Unternehmer, möglichst kostengünstig zu produzieren, haben zu einer Zunahme von Kinderarbeit geführt. Auch wenn nach Angaben der International Labour Organization (ILO) in China das Ausmaß der Kinderarbeit im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern eher gering ist, häufen sich in letzter Zeit die Meldungen über Kinderarbeit vor allem in den Provinzen Henan und Guangdong. Der chinesische Gesetzgeber hat die Gefahren für die Gesundheit der Kinder erkannt und daher vor gut einem Jahr ein neues Schutzgesetz verabschiedet, das wesentlich präziser und verständlicher ist, als es die alte Gesetzeslage aus dem Jahr 1991 war.

Zu den Gründen für die in der Vergangenheit relativ geringe Verbreitung von Kinderarbeit gehört zum einen die geringe Entlohnung von Frauen, wodurch es der Ausbeutung von Kindern als billige Arbeitskräfte nicht bedurfte. Zum anderen hat die Volksrepublik seit Jahren ein jährlich steigendes Heer von mehr als 20 Millionen Arbeitslosen, die bereit sind, für Billiglöhne zu arbeiten. Schließlich ist die Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern spätestens seit 1949 gesellschaftlich geächtet, denn die Kommunistische Partei legte seit ihrem Bestehen besonderen Wert auf die Einhaltung der für die Arbeiterklasse geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen. Im Gegensatz zu kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern wurde in der VRCh Kinderarbeit weder erlaubt noch vom Staat geduldet. Seit der Gründung spezieller Wirtschaftszonen nach 1978 scheint sich die Situation allerdings langsam zu verändern, sodass die Regierung Handlungsbedarf sah, die Mechanismen zum Schutz der Kinder vor Ausbeutung zu verstärken. Derzeit leben rund 380 Millionen Kinder im Alter von unter 16 Jahren in der VRCh, von denen nach Schätzungen ausländischer Menschenrechtsvereinigungen zehn Millionen arbeiten.

Der Schutz von Kindern vor körperlicher Ausbeutung ist vor allem in den Gesetzen zum Schutz von Minderjährigen, dem Arbeitsrecht und dem Gesetz zur Bekämpfung der Kinderarbeit normiert. In allen diesen Vorschriften bleibt der Gesetzgeber eine Definition des Begriffs Kinderarbeit schuldig. Während das Gesetz zum Schutz Minderjähriger allgemeine Verhaltensregeln der Gesellschaft ge-

genüber Minderjährigen formuliert und das Arbeitsrecht für alle Beschäftigten einschlägig ist, normiert das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderarbeit das Verbot, Minderjährige unter 16 Jahren zu beschäftigen und regelt die Sanktionsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlungen.

In den Schutzbereich des Gesetzes fallen generell alle Minderjährigen unter 16 Jahren. Mit Ausnahme der Bereiche Sport, Kunst und Literatur gilt ein striktes Beschäftigungsverbot für diese Minderjährigen. Des Weiteren werden im Gesetz einzelne Arbeiten aufgezählt, die, wenn sie von Minderjährigen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren ausgeführt werden, unter die Rubrik „verbotene Arbeit“ fallen.

Am 1.12.2002 trat das neue Recht in Kraft. Gleichzeitig wurde damit der Inhalt der 1991 ratifizierten Konvention über die Rechte des Kindes in chinesisches Recht implementiert. Neu ist, dass der Arbeitgeber vor der Beschäftigung eines Minderjährigen dessen Identitätskarte überprüfen muss, um sicherzugehen, dass dieser nicht jünger als 16 Jahre alt ist. Zudem müssen Name, Geschlecht, Geburtsort und -datum sowie die Arbeitserlaubnisnummer des Beschäftigten registriert werden. Darüber hinaus sind die Eltern bzw. der Vormund der Minderjährigen für den Schutz vor der illegalen Beschäftigung verantwortlich. Verboten ist es auch, Minderjährigen unter 16 Jahren Arbeit zu vermitteln. Minderjährige dürfen auch keine Privatgeschäfte betreiben. Beamte, die bei der Beschäftigung von Kindern mitwirken, können dienstrechtlich oder strafrechtlich belangt werden. Erkrankten minderjährige Beschäftigte an Berufskrankheiten oder werden sie durch Berufsunfälle verletzt oder getötet, müssen die Arbeitgeber nicht nur die Versorgungskosten des Arbeitnehmers übernehmen, sondern es droht ihnen auch der Entzug ihrer Geschäftslizenz und sie müssen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen.

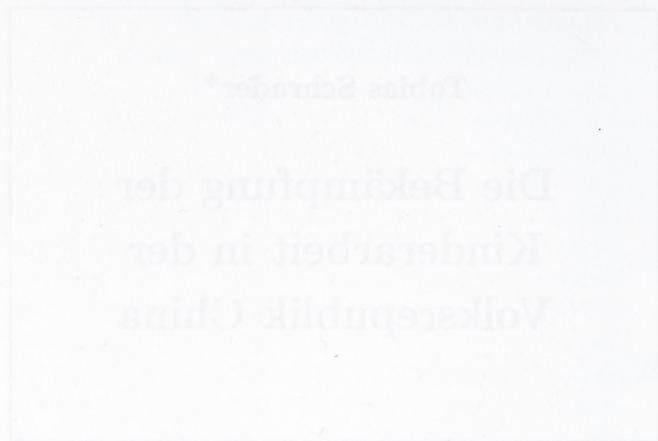
Ursprünglich sah die Regelung aus dem Jahre 1991 nur eine „ernste“ Bestrafung vor, deren Präzisierung den Behörden und Gerichten vorbehalten war. Nun kann bei Zuwiderhandlung eine Bestrafung zwischen 5.000 RMB (ca. 600 Euro) und 10.000 RMB (ca. 1.200 Euro) pro widerrechtlich beschäftigtem Kind und Monat festgesetzt werden. Zurzeit ist sogar eine weitere Erhöhung des Strafmaßes geplant. So soll zukünftig die Beschäftigung von Kindern auf dem Bau, in Bergwerken oder an anderen risikoreichen Arbeitsstätten mit bis zu sieben Jahren Haft geahndet werden.

Seit In-Kraft-Treten des Gesetzes sind unbestimmte Rechtsbegriffe in Erlassen präzisiert worden. Dies kann als ein Zeichen dafür gedeutet werden, dass es der chinesischen Regierung ernst ist mit der Bekämpfung der Kinderarbeit im eigenen Land. Neben der Konvention über die Rechte des Kindes hat die chinesische Regierung mittlerweile auch die Abkommen der ILO Nr.138 (Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung der Beschäftigung) am 28.4.1999 und Nr.182 (Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit) am 8.8.2002 ratifiziert.

Zusätzlich zur Verschärfung der Gesetze versucht die chinesische Regierung auch durch die Bekämpfung der Armut ihrer Bevölkerung des Problems der Kinderarbeit Herr zu werden. Eine Untersuchung ergab, dass von den jährlich eine Million Schülern, die den Schulbesuch vor-

zeitig abrechnen, 85% aufgrund der Armut ihrer Familie die Schule verließen, um zu arbeiten. So erfuhr beispielsweise in der Vergangenheit das Projekt „Hoffnung“ der China Youth Development Foundation (CYDF) staatliche Unterstützung. Diese öffentliche Wohlfahrtsorganisation konnte bis zum Ende 2002 zwei Mrd. Yuan (ca. 240 Mio. Euro) sammeln. Sie setzte das Geld dafür ein, um 2,47 Millionen Kindern aus armen Familien den Schulbesuch zu ermöglichen, ohne dass diese Schüler arbeiten mussten. Mehr als 9.500 Grundschulen in armen Regionen wurden ebenfalls unterstützt.

* Dipl. jur Tobias Schrader, MLE, ist Rechtsreferendar und promoviert an der juristischen Fakultät in Göttingen zum Thema Kinderarbeit. Im Rahmen seiner Ausbildungsstation an der Deutschen Botschaft in Beijing beschäftigt er sich u.a. auch mit der Rechtslage in China.



Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China

Tobias Schrader

Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China ist ein zentrales Thema der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in China. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen.

Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China ist ein zentrales Thema der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in China. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen.

Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China ist ein zentrales Thema der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in China. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen.

Die Bekämpfung der Kinderarbeit in der Volksrepublik China ist ein zentrales Thema der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in China. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen. Die ILO hat in China ein breites Netzwerk von Arbeitsinspektoren und anderen Mitarbeitern, die sich mit der Bekämpfung der Kinderarbeit befassen.

中华人民共和国国务院令 (第364号)

《禁止使用童工规定》已经2002年9月18日国务院第63次常务会议通过，现予公布，自2002年12月1日起施行。

总理朱镕基

二〇〇二年十月一日

禁止使用童工规定

第一条

为保护未成年人的身心健康，促进义务教育制度的实施，维护未成年人的合法权益，根据宪法和劳动法、未成年人保护法，制定本规定。

第二条

国家机关、社会团体、企业事业单位、民办非企业单位或者个体工商户（以下统称用人单位）均不得招用不满16周岁的未成年人（招用不满16周岁的未成年人，以下统称使用童工）。

禁止任何单位或者个人为不满16周岁的未成年人介绍就业。

禁止不满16周岁的未成年人开业从事个体经营活动。

第三条

不满16周岁的未成年人的父母或者其他监护人应当保护其身心健康，保障其接受义务教育的权利，不得允许其被用人单位非法招用。

不满16周岁的未成年人的父母或者其他监护人允许其被用人单位非法招用的，所在地的乡（镇）人民政府、城市街道办事处以及村民委员会、居民委员会应当给予批评教育。

第四条

用人单位招用人员时，必须核查被招用人员的身份证；对不满16周岁的未成年人，一律不得录用。用人单位录用人员的录用登记、核查材料应当妥善保管。

第五条

县级以上各级人民政府劳动保障行政部门负责本规定执行情况的监督检查。

Beschluss des Staatsrates der Volksrepublik China (Nr. 364)

Die „Bestimmungen über das Verbot der Nutzung von Kinderarbeit“, die auf der 63. Exekutivkonferenz des Staatsrates am 18. September 2002 verabschiedet wurden, sind hierdurch verkündet und werden am 1. Dezember 2002 in Kraft treten.

Ministerpräsident Zhu Rongji

1. Oktober 2002

Bestimmungen über das Verbot der Nutzung von Kinderarbeit

Artikel 1

Um die körperliche und geistige Gesundheit der Minderjährigen zu schützen, um die Ausführung der allgemeinen Schulpflicht zu fördern und die Rechte und legalen Interessen der Minderjährigen zu schützen, sind folgende Bestimmungen im Einklang mit der Verfassung, des Arbeitsrechts und dem Jugendschutzgesetz formuliert worden.

Artikel 2

Keine Regierungsstelle, keine soziale Organisation, kein Unternehmer und keine öffentliche juristische Person, keine privatwirtschaftlich geführte juristische Person (im Folgenden Arbeitgeber genannt) darf Minderjährige, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, beschäftigen (die Beschäftigung von Minderjährigen, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, wird im Folgenden Nutzung von Kinderarbeit genannt).

Allen juristischen und Privatpersonen ist es verboten, Minderjährigen unter 16 Jahren Beschäftigungen anzubieten.

Allen Minderjährigen unter 16 Jahren ist es untersagt, selbst geschäftlich tätig zu werden.

Artikel 3

Die Eltern oder der Vormund des Minderjährigen unter 16 Jahren haben die körperliche und geistige Gesundheit des Minderjährigen zu schützen, sein Recht auf allgemeine Pflichtschulbildung zu gewährleisten und dem Minderjährigen zu untersagen, illegal von einem Arbeitgeber beschäftigt zu werden.

Falls die Eltern oder der Vormund der Minderjährigen unter 16 Jahren diesen erlauben, ungesetzlich von einem Arbeitgeber beschäftigt zu werden, werden die örtlichen (Kleinstadt-)Regierungen, die städtischen Straßenkomitees, Dorfbewohnerkomitees und Anwohnerkomitees, die Eltern oder Vormünder tadeln und unterweisen.

Artikel 4

Wenn der Arbeitgeber Personal einstellt, muss er den Identitätsausweis des Einzustellenden nachprüfen. Er darf keine Minderjährigen unter 16 Jahren einstellen. Der Arbeitgeber hat dementsprechend die Registrierung der Einstellung und die Akten zur Überprüfung der beschäftigten Person aufzubewahren.

Artikel 5

Die Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit der Volksregierung auf Kreisebene und darüber ist für die Überwachung und Überprüfung der Umsetzung der vorliegenden Bestimmungen verantwortlich.

县级以上各级人民政府公安、工商行政管理、教育、卫生等行政部门在各自职责范围内对本规定的执行情况进行监督检查，并对劳动保障行政部门的监督检查给予配合。

工会、共青团、妇联等群众组织应当依法维护未成年人的合法权益。

任何单位或者个人发现使用童工的，均有权向县级以上人民政府劳动保障行政部门举报。

第六条

用人单位使用童工的，由劳动保障行政部门按照每使用一名童工每月处5 0 0 0元罚款的标准给予处罚；在使用有毒物品的作业场所使用童工的，按照《使用有毒物品作业场所劳动保护条例》规定的罚款幅度，或者按照每使用一名童工每月处5 0 0 0元罚款的标准，从重处罚。劳动保障行政部门并应当责令用人单位限期将童工送回原居住地交其父母或者其他监护人，所需交通和食宿费用全部由用人单位承担。

用人单位经劳动保障行政部门依照前款规定责令限期改正，逾期仍不将童工送交其父母或者其他监护人的，从责令限期改正之日起，由劳动保障行政部门按照每使用一名童工每月处1万元罚款的标准处罚，并由工商行政管理部门吊销其营业执照或者由民政部门撤销民办非企业单位登记；用人单位是国家机关、事业单位的，由有关单位依法对直接负责的主管人员和其他直接责任人员给予降级或者撤职的行政处分或者纪律处分。

第七条

单位或者个人为不满16周岁的未成年人介绍就业的，由劳动保障行政部门按照每介绍一人处5 0 0 0元罚款的标准给予处罚；职业中介机构为不满16周岁的未成年人介绍就业的，并由劳动保障行政部门吊销其职业介绍许可证。

第八条

用人单位未按照本规定第四条的规定保存录用登记材料，或者伪造录用登记材料的，由劳动保障行政部门处1万元的罚款。

Die Verwaltungsbehörden der Volksregierung auf Kreisebene und darüber für öffentliche Sicherheit, für die Verwaltung von Industrie und Handel, für Erziehung und Gesundheit haben die Umsetzung dieser Bestimmungen in ihrem Verantwortungsbereich zu überwachen und zu überprüfen. Des Weiteren haben sie die Verwaltungsabteilungen für Arbeitssicherheit bei der Überwachung und Überprüfung zu unterstützen.

Die Gewerkschaften, die Kommunistische Jugendliga, der Frauenverband und andere Massenorganisationen haben die Rechte und Interessen der Minderjährigen im Sinne dieses Gesetzes zu sichern. Jeder Arbeitgeber und jede Privatperson, die etwas über das Vorliegen von Kinderarbeit erfahren, haben der Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit der Volksregierung auf Kreisebene und darüber davon zu berichten.

Artikel 6

Wenn ein Arbeitgeber Kinderarbeit nutzt, hat die Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit diesem eine Geldstrafe in Höhe von 5.000 Yuan pro Kind und Monat aufzuerlegen. Wenn der Arbeitgeber Kinder für eine Tätigkeit beschäftigt, die mit giftigen Materialien in Verbindung steht, wird ihm eine höhere Strafe auferlegt, gemäß dem Strafmaß, das in den „Regularien zum Arbeitsschutz in Stellen mit giftigen Materialien“ festgelegt ist oder gemäß dem Kriterium der Strafe von 5.000 Yuan pro Kind und Monat. Die Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit hat dem Arbeitgeber die Anweisung zu erteilen, die Kinderarbeiter in einem festgelegten Zeitraum zurück nach Hause zu ihren Eltern oder Vormündern zu schicken und die vollen Kosten für den Transport und die Unterbringung zu übernehmen.

Wenn es dem Arbeitgeber misslingt, das Kind zurück zu seinen Eltern oder den Vormündern innerhalb von dem von der Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit festgelegten Zeitraum zu schicken (im Sinne der voranstehenden Regelung), hat die Behörde für Arbeitssicherheit dem Arbeitgeber vom Tage der Anweisung an ein Strafgeld in Höhe von 10.000 Yuan pro Kopf und Monat auszusprechen. Des Weiteren hat die Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel dem Arbeitgeber die Geschäftserlaubnis zu entziehen oder die Behörde für Zivilverwaltung hat dem Unternehmen die Registratur zu entziehen. Ist der Arbeitgeber eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts, werden von den zuständigen Behörden dem direkt verantwortlichen Zuständigen oder anderen direkt verantwortlichen Personen Verwaltungssanktionen oder Disziplinarmaßnahmen auferlegt - wie die Degradierung und Entfernung aus dem Amt.

Artikel 7

Wenn ein Arbeitgeber oder eine Privatperson einem Minderjährigen unter 16 Jahren einen Arbeitsplatz vermittelt, hat die Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit diesen eine Geldstrafe in Höhe von 5.000 Yuan für jede Person, die sie vermittelt hat, aufzuerlegen. Falls eine Vermittlungsagentur den Arbeitsplatz für den Minderjährigen unter 16 Jahren vermittelt, so hat die Verwaltungsbehörde der Agentur die Vermittlungserlaubnis zu entziehen.

Artikel 8

Wenn der Arbeitgeber es unterlässt, eine Anstellungsregistrierung im Sinne von Artikel 4 dieses Gesetzes vorzunehmen oder die Arbeitsakte fälscht, wird ihm die Verwaltungsbehörde für Arbeitssicherheit eine Geldstrafe von 10.000 Yuan auferlegen.

第九条

无营业执照、被依法吊销营业执照的单位以及未依法登记、备案的单位使用童工或者介绍童工就业的，依照本规定第六条、第七条、第八条规定的标准加一倍罚款，该非法单位由有关的行政主管部门予以取缔。

第十条

童工患病或者受伤的，用人单位应当负责送到医疗机构治疗，并负担治疗期间的全部医疗和生活费用。

童工伤残或者死亡的，用人单位由工商行政管理部门吊销营业执照或者由民政部门撤销民办非企业单位登记；用人单位是国家机关、事业单位的，由有关单位依法对直接负责的主管人员和其他直接责任人员给予降级或者撤职的行政处分或者纪律处分；用人单位还应当一次性地对伤残的童工、死亡童工的直系亲属给予赔偿，赔偿金额按照国家工伤保险的有关规定计算。

第十一条

拐骗童工，强迫童工劳动，使用童工从事高空、井下、放射性、高毒、易燃易爆以及国家规定的第四级体力劳动强度的劳动，使用不满14周岁的童工，或者造成童工死亡或者严重伤残的，依照刑法关于拐卖儿童罪、强迫劳动罪或者其他罪的规定，依法追究刑事责任。

第十二条

国家行政机关工作人员有下列行为之一的，依法给予记大过或者降级的行政处分；情节严重的，依法给予撤职或者开除的行政处分；构成犯罪的，依照刑法关于滥用职权罪、玩忽职守罪或者其他罪的规定，依法追究刑事责任：

(一) 劳动保障等有关部门工作人员在禁止使用童工的监督检查工作中发现使用童工的情况，不予制止、纠正、查处的；

(二) 公安机关的人民警察违反规定发放身份证或者在身份证上登录虚假出生年月的；

(三) 工商行政管理部门工作人员发现申请人是不满16周岁的未成年人，仍然为其从事个体经营发放营业执照的。

Artikel 9

Eine Arbeitseinheit ohne Geschäftserlaubnis oder eine, deren Erlaubnis nach dem Gesetz eingezogen wurde, sowie eine Arbeitseinheit, die nicht nach dem Gesetz eine Registrierung vorgenommen und Akten angelegt hat, wird, wenn sie Kinder beschäftigt oder Kinderarbeit vermittelt, mit einer doppelt so hohen Geldstrafe bestraft, wie die in den Artikeln 6, 7 und 8 dieses Gesetzes vorgesehen ist. Die illegale Arbeitseinheit wird durch die zuständige Verwaltungsbehörde geschlossen.

Artikel 10

Wenn ein Kinderarbeiter krank oder verletzt ist, trägt der Arbeitgeber die Verantwortung, ihn oder sie einer medizinischen Behandlung zuzuführen. Ebenfalls hat er sämtliche Kosten für medizinische Behandlung und Lebensunterhaltung während der Behandlungszeit zu tragen.

Wird ein Kinderarbeiter invalide oder stirbt er, so hat die Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel dem Arbeitgeber die Geschäftserlaubnis zu entziehen oder die Behörde für zivile Angelegenheiten hat die Eintragung in das Handelsregister zu löschen. Ist der Arbeitgeber eine staatliche Stelle oder eine öffentliche Einrichtung, so hat die zuständige Einheit den direkt verantwortlichen Zuständigen oder andere direkt verantwortliche Personen disziplinarisch zu sanktionieren, indem sie ihn versetzt oder entlässt. Der Arbeitgeber hat ebenfalls den Verwandten gerader Linie des invaliden oder toten Kinderarbeiters eine Entschädigungssumme zu entrichten, wobei die Höhe des Schadensersatzes sich nach den einschlägigen staatlichen Verordnungen für Unfallsversicherungen bemisst.

Artikel 11

Wer Kinderarbeiter entführt, Kinder zur Arbeit zwingt, Kinderarbeiter unter Tage oder in Schächten einsetzt, sie mit Radioaktivität, hohen Giftdosen, entflammbarem oder explosivem Material in Verbindung bringt oder sie in einer vom Staat als vierte Gefährlichkeitsstufe bezeichneter Tätigkeit einsetzt, Kinderarbeiter unter 14 Jahren beschäftigt oder den Tod oder schwere Invalidität bei ihnen verursacht, hat [dafür] die Verantwortung zu tragen und wird entsprechend den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs wegen Entführung von Kindern, Zwangsarbeit oder anderer Verbrechen bestraft.

Artikel 12

Verübt ein staatlicher Verwaltungsangestellter einen der folgenden Akte, wird er mit Verwaltungssanktionen wie einem Eintrag in seine Personalakte oder seiner Degradierung bestraft. Sind die Umstände ernst, so wird er zur Strafe versetzt oder seiner Ämter enthoben. Wenn ein Verbrechen begangen wurde, hat er die Verantwortung zu tragen und wird demzufolge gemäß Strafgesetzbuch wegen Machtmissbrauchs, Unterlassen von Pflichten oder anderer Verbrechen bestraft:

1) Wenn Angehörige der Behörde für Arbeitssicherheit bei einer Überprüfung das Vorliegen von Kinderarbeit entdecken, diese aber nicht beenden, korrigieren oder bestrafen.

2) Wenn die Polizei der Behörde für öffentliche Sicherheit unter Verletzung der Bestimmungen Identitätskarten ausgibt oder auf diesen falsche Geburtsdaten einträgt.

3) Wenn Beamte der Behörde für Industrie und Handel bemerken, dass ein Minderjähriger unter 16 Jahren der Antragsteller ist, und diesem dennoch eine Geschäftserlaubnis erteilen.

第十三条

文艺、体育单位经未成年人的父母或者其他监护人同意，可以招用不满16周岁的专业文艺工作者、运动员。用人单位应当保障被招用的不满16周岁的未成年人的身心健康，保障其接受义务教育的权利。文艺、体育单位招用不满16周岁的专业文艺工作者、运动员的办法，由国务院劳动保障行政部门会同国务院文化、体育行政部门制定。

学校、其他教育机构以及职业培训机构按照国家有关规定组织不满16周岁的未成年人进行不影响其人身安全和身心健康的教育实践劳动、职业技能培训劳动，不属于使用童工。

第十四条

本规定自2002年12月1日起施行。1991年4月15日国务院发布的《禁止使用童工规定》同时废止。

Artikel 13

Kunst- und Sportunternehmen dürfen mit Einverständnis der Eltern oder des Vormundes professionelle Künstler- und Sportler, die unter 16 Jahren sind, beschäftigen. Der Arbeitgeber muss die körperliche und geistige Gesundheit des Minderjährigen und dessen Recht auf Wahrnehmung der allgemeinen Schulpflicht garantieren. Die Behörde für Arbeitssicherheit (unter dem Staatsrat) kann in Abstimmung mit der Behörde für Kultur und Sport (unter dem Staatsrat) das Verfahren für die Beschäftigung von professionellen Künstlern und Sportlern unter 16 Jahren für Kunst- und Sportunternehmen festlegen.

Wenn Schulen, andere Erziehungsanstalten und Berufsschulen Minderjährige unter 16 Jahren im Rahmen der staatlichen Verordnungen als Teil der Ausbildung verpflichtet zu arbeiten oder an beruflichem Training teilzunehmen, und das nicht die körperliche Sicherheit und die körperliche und geistige Gesundheit des Minderjährigen beeinträchtigt, so fällt dies nicht unter den Begriff der Kinderarbeit.

Artikel 14

Die vorliegende Verordnung tritt am 1. Dezember 2002 in Kraft. Die „Verordnung für das Verbot von Kinderarbeit“, die vom Staatsrat am 15. April 1991 verabschiedet wurde, wird zeitgleich aufgehoben.

Quelle: <http://www.molss.gov.cn/correlate/gwyl364.htm>.